

## Gemeinde Hörbranz Gemeindevertretung

Hörbranz, am 12. Oktober 2010

### Protokoll Nr. 4

über die am 29.09.2010 um 20.00 Uhr im Sitzungszimmer des Gemeindeamtes stattgefundene öffentliche Gemeindevertretungssitzung, zu der alle Gemeindevertreter ordnungsgemäß eingeladen wurden.

Anwesend:

Bgm. Hehle Karl als Vorsitzender  
GR Jeglic Dietmar  
GR Siebmacher Josef  
GR Pinkelnig Gerhard  
GV Biegger Siegfried  
GV Eberle Silvia  
GV Fetz Ute  
GV Fink Lukas  
GV Hack Manuela  
GV Hagen Thomas  
GV Hagspiel Xaver  
GV Hiebeler Günter  
GV Huber Rudolf  
GV Hutter Richard  
GV Moosbrugger Lars  
GV Paul Stefan  
GV Scheicher Ruth  
GV Sinz Engelbert

Vertretungen:

EM Erath Stefan für Hagen Christoph  
EM Feuerstein Gerhard für Srienz Petra  
EM Gadner Helmut für Spritzendorfer Daniela  
EM Gorbach Josef für Flatz Katrin  
EM Jabinger Bernd für Greiter Karin  
EM Kienreich Martin für Boch Wolfgang  
EM Seeberger Bertram für Rauch Georg  
EM Sigg Christine für Haunold Susanne  
EM Wagner Herbert für Hiebeler Sylvia

Auskunftsperson:

Ing. Nussbaumer Ernst, Bauamt

Schriftführerin:

Mag. Malz Beate

## 1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und weist aus gegebenem Anlass – es befinden sich zahlreiche Anrainer des beabsichtigten Projekts „Autobahnraststätte Hörbranz“ und Vertreter der Presse im Sitzungszimmer – darauf hin, dass auf der Tagesordnung dieser Sitzung unter keinem Punkt das Thema Raststätte behandelt wird. Es handle sich um ein laufendes Verfahren. Dennoch erteilt der Vorsitzende einzelnen Anrainern für Fragen das Wort.

Daraufhin informiert eine Anrainerin darüber, dass sich eine Anrainergruppe aus 32 Familien zusammengeschlossen hätte, um ihre gemeinsamen Interessen von einem Rechtsanwalt vertreten zu lassen. Dazu teilt sie an alle Gemeindevertreter ein Einschreiben der beauftragten Anwaltskanzlei aus, das an diesem Tag auch per Post im Gemeindeamt eingelangt ist.

Eine weitere Anrainerin betont, dass ihre Anwesenheit und die Anwesenheit ihrer Nachbarn der Gemeindevertretung vor Augen führen solle, dass die jetzige Lösung für sie nicht akzeptabel sei.

Ein Bewohner der Krüzastraße möchte wissen, ob damit zu rechnen ist, dass der nächtliche Lkw-Verkehr in der Krüzastraße durch die Verwirklichung des Raststättenprojekts zunimmt.

Dazu erklärt der Bgm., dass diese Frage im Zuge des Verfahrens geklärt werde.

Nachdem es keine Wortmeldungen aus den Zuschauerreihen mehr gibt, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Neue Gemeindevertreter bzw. Ersatzmitglieder werden angelobt.

Der Vorsitzende bringt zusätzliche Anträge zur Aufnahme in die Tagesordnung zur Abstimmung:

- Der Antrag des Bgm. betreffend den Beitritt zur Bringungsgenossenschaft Forstweg Eplisgehr wird einstimmig als zusätzlicher Punkt 13 auf die Tagesordnung gesetzt.
- Der Antrag der FPÖ bezüglich einer Änderung der Wahlzettelsystems bei der nächsten Gemeindewahl wird als zusätzlicher Punkt 15 mit 18 zu 9 Stimmen, was der notwendigen Zweidrittel-Mehrheit entspricht, beschlossen.

## 2. Aktuelle Berichte

Es folgen aktuelle Berichte.

a) Haus der Zukunft“: Entsprechend dem einstimmigen Beschluss in der vorangegangenen Gemeindevertretungssitzung, dass die Einspruch erhebenden Anrainer des Projekts „Haus der Zukunft“ Gelegenheit bekommen sollen, ihre Anliegen vorzubringen, wurden sie zur Sitzung eingeladen und der Vorsitzende erteilt ihnen das Wort. Daraufhin nimmt der Nachbar ausführlich Stellung.

b) Hochwassersituation: Nach den extremen Hochwasserereignissen am 27., 28., 29. und 30. Juli erstattet Ing. Ernst Nussbaumer, zuständiger Sachbearbeiter im Bauamt der Gemeinde, einen Situationsbericht.

Konkrete Anfragen werden von Ernst Nussbaumer zu den Parzellen/Straßen Allgäustraße, Uferstraße, Parzelle Leiblach beantwortet.

Der Bgm. weist abschließend darauf hin, dass derzeit Schadensbegrenzung betrieben werde und die Gemeinde Maßnahmen zur Ableitung des Regenwassers setze.

c) Postschließung: Der Bgm. informiert über die endgültige Schließung der Postfiliale in der Lindauerstraße per 30.11.2010. Mit „Jochums Lädle“ wurde zum 1.12.2010 ein Postpartner fixiert. Derzeit finden Gespräche mit der Post statt, welche Räumlichkeiten sie konkret an die Gemeinde zurückstellen würden. Die Polizei hat bereits Interesse an den frei werdenden Räumlichkeiten bekundet.

### **3. Einrichtung eines Ökostromfonds der Gemeinde Hörbranz**

Gemeindevertreter Siegfried Biegger berichtet über die einstimmige Empfehlung des e5-Teams zur Errichtung eines Ökostromfonds laut Beilage, die mit der Sitzungseinladung an alle Gemeindevertreter versendet wurde.

Der Bgm. erklärt zusammenfassend, dass es bei dem Konzept darum gehe, dass 1 Cent pro verbrauchter Kilowattstunde dazu verwendet werden solle, Solarstrom zu fördern. Die Kosten für die Gemeinde pro Jahr würden sich auf ca. EUR 8.000,- belaufen. Der Ablauf sei so gedacht, dass das e5-Team jeweils einen Vorschlag unterbreite und die Vergabe und Beschlussfassung - je nach Wertgrenze - durch den Gemeindevorstand oder die Gemeindevertretung erfolge.

Dies wird einstimmig beschlossen.

### **4. Antrag des Bgm. zur Prüfung eines neuen Standortes für das Haus der Zukunft**

Der Bgm. verliest noch einmal seinen Antrag vom 26.07.2010 zur Prüfung eines konkreten neuen Standortes für das „Haus der Zukunft“ und bringt ergänzend dazu einen Abänderungsantrag dahingehend ein, dass die Gemeindevertretung den Raumplanungsausschuss beauftragen möge, in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Gemeindevorstand noch einmal alle möglichen Standorte (bereits geprüfte und neue) zu prüfen und der Gemeindevertretung eine Empfehlung vorzulegen. Bei Bedarf und auf Wunsch dieses Gremiums sollen Fachleute hinzugezogen werden.

Daraufhin entsteht eine Diskussion, in der die Gemeindevertreter folgende Fragen einwerfen:

- Muss vor der Standortanalyse nicht eine Bedarfsanalyse erfolgen?
- Soll das laufende Bauverfahren eingestellt werden (derzeit gibt es einen aufrechten Beschluss für den jetzigen Standort), wenn die Prüfung des Standortes wieder neu beginnt?

Weil in der Diskussion eine Vermischung mit Tagesordnungspunkt 5, dem Antrag der Grünen entsteht, wird Tagesordnungspunkt 4 vorübergehend ausgesetzt und Punkt 5 vorgezogen.

Nachdem man wieder zu Punkt 4 zurückkommt, wird dieser Punkt mit einem Abstimmungsverhältnis 26 zu 1 ebenfalls vertagt.

## **5. Antrag der Grünen zur Erstellung eines Gesamtkonzeptes für die Kinderbetreuung**

Gemeindevertreterin Christine Sigg verliest den Antrag der Grünen zur Erstellung eines Gesamtkonzeptes für die Kinderbetreuung, der allen Gemeindevertretern mit der Sitzungseinladung zugestellt wurde. Es geht um Herausforderungen, die sich in Zukunft stellen werden, wie etwa den Ausbau der Gesamtkindergärten, Mittagsbetreuung im Kindergarten, die geplante Abschaffung der Sonderschulregelung oder ein Raumangebot für vereinsferne Jugendliche.

Von den anderen Fraktionen wird kritisiert, dass der Antrag keine konkrete Vorgangsweise enthalte – weder wer das Projekt leiten solle, noch mit welchen Kosten für die Erstellung des Konzeptes gerechnet werden muss.

Die ÖVP stellt zum Antrag der Grünen den Abänderungsantrag, dass der Kindergarten- und Schulausschuss beauftragt werden solle, in Zusammenarbeit mit dem Fachbeirat Zukunft Kind eine Projektskizze und gegebenenfalls eine Bedarfsanalyse zu erstellen und der Gemeindevertretung eine Empfehlung vorzulegen. Weitere Fachleute sollen nach Bedarf hinzugezogen werden.

Die Grünen machen deutlich, dass sie genannten Ausschuss und Beirat nicht als geeignet für diese Aufgabe erachten. Sie regen die Betrauung eines unpolitischen Gremiums an und fordern die anderen Fraktionen zur Mitarbeit über die Parteigrenzen hinweg auf.

Abschließend schlägt der Vorsitzende vor, dass der Tagesordnungspunkt vertagt werden soll und die Grünen bis zur nächsten Sitzung eine Projektskizze vorlegen sollen. Dies wird einstimmig beschlossen.

## **6. Antrag der Grünen zur Ausbezahlung der Parteienfinanzierung**

Die Grünen stellen den Antrag, dass die Ausbezahlung der Parteienfinanzierung laut Gemeindevorstandsbeschluss vom 19.01.2006 auf die fünf Parteien aufgeteilt wird.

Der Vorsitzende erklärt dazu, dass dies auch bisher schon in der Form aufgeteilt werde. In der Vergangenheit sei jeweils zu Jahresende eine Förderung in Höhe von EUR 10.541,25,-- ausbezahlt worden. Es handle sich dabei um eine Aufwandsentschädigung für die ehrenamtlichen Tätigkeiten der Fraktionsmitglieder in der Gemeindevertretung.

Es wird einstimmig beschlossen, dem Antrag der Grünen zuzustimmen und den Finanzausschuss zu beauftragen, der Gemeindevertretung einen Vorschlag zu unterbreiten.

**7. Antrag der Grünen zum Austausch von Mitgliedern des Beirates Zukunft Kind**

Die Grünen stellen den Antrag, dass Christine Sigg anstelle von Ümran Sen zum Mitglied für den Beirat „Zukunft Kind“ ernannt wird, als Ersatzmitglied ist Petra Mangold vorgesehen. Dies wird einstimmig genehmigt.

**8. Antrag der FPÖ betreffend Prüfung Sozialsprengel**

Die FPÖ stellt den Antrag, dass der Marktgemeinde Hörbranz vertraglich das Recht zur Prüfung des Sozialsprengels Leiblachtal eingeräumt werden soll. Als Begründung dafür wird genannt, dass in der GV-Sitzung vom 14.07.2010 Ungereimtheiten aufgetreten seien.

Der Vorsitzende erklärt dazu, dass die finanzielle Gebarung des Vereins vom Vorstand des Sozialsprengels geleitet und überwacht werde, bei dem es sich um die Bürgermeister der fünf Leiblachtal-Gemeinden handle. Weiters werde durch die Rechnungsprüfer des Vereins geprüft. Zusätzlich werde die widmungsgerechte Verwendung der Gelder von der Kontrollabteilung des Landes geprüft. Das Angebot des Sozialsprengels, dass der Prüfungsausschuss der Gemeinde Hörbranz Einsicht in die Unterlagen nehmen könne, sei bisher nicht angenommen worden.

Dass der Marktgemeinde Hörbranz das Recht auf Prüfung eingeräumt wird, wird einstimmig beschlossen.

Da es sich um einen Verein als selbständige juristische Person handelt, genügt gemäß § 52 Gemeindegesetz für die Einräumung der Prüfbefugnis nicht ein Beschluss der Gemeindevertretung, sondern der Verein muss ebenfalls zustimmen.

Der Vorsitzende kündigt an, bei der nächsten Vorstandssitzung des Sozialsprengels den Wunsch der Gemeindevertretung auf Prüfung vorzubringen und dem Prüfungsausschuss bzw. der Gemeindevertretung über die Entscheidung zu berichten.

**9. Antrag der FPÖ betreffend Aufzeichnung der Gemeindevertretungssitzungen**

Die FPÖ beantragt, dass die Gemeindevertretungssitzungen künftig auf Tonband aufgezeichnet werden sollen.

In der anschließenden Diskussion ist der Grundtenor aller Parteien – mit Ausnahme der SPÖ – zu diesem Vorschlag eher positiv. Hauptargumente dafür sind Transparenz nach außen und Steigerung von Disziplin und Sachlichkeit während der Sitzungen. Als positives Beispiel für eine Gemeinde, die bereits Sitzungen aufzeichnet, wird Schruns genannt.

Bedenken werden geäußert hinsichtlich dem Zugang zu den aufgezeichneten Daten – befürchtet werden u. a. wahlstrategische Manipulationen - und zu den möglicherweise hohen Kosten für den technischen Aufwand.

Dem Antrag wird mit einer Mehrheit von 23 zu 4 Stimmen grundsätzlich zugestimmt, wobei die Kosten und der Aufwand noch geprüft werden sollen.

**10. Genehmigung des Jahresabschlusses 2009 Sozialzentrum Josefsheim**

Der Jahresabschluss des Sozialzentrums Josefsheim, der den Gemeindevertretern als Beilage zur Sitzungseinladung zugegangen ist, wird einstimmig genehmigt. Erläuternd wird bemerkt, dass der Betriebsverlust in Höhe von EUR 130.000,-- vor allem durch Erhöhungen im Personalsektor zustande gekommen ist.

**11. Behandlung von Umwidmungsanträgen****Zu Gst.-Nr. 413/1 Straußenweg, 1. Beschlussfassung:**

Der Vorsitzende erläutert den Antrag anhand von Overheadfolien. Es handelt sich um eine Widmungsbereinigung, die im Raumplanungsausschuss einstimmig positiv bewertet wurde. Der im Plan eingezeichnete Straßenanteil soll auch als Straße gewidmet werden. Beantragte Widmung: Widmung von „Baufläche Wohngebiet BW“ 120 m<sup>2</sup> in „Verkehrsfläche Straße“. Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

**Gst.-Nr. 301/1 Staudachweg, 1. Beschlussfassung:**

Beantragte Widmung: Ein Teil der Gesamtfläche von 11.040 m<sup>2</sup>, die derzeit in „Freifläche Landwirtschaft FL“ gewidmet ist, soll in „Baufläche Wohngebiet BW“ (600 m<sup>2</sup>) und „Verkehrsfläche Straße“ (130 m<sup>2</sup>) und Fußweg (54 m<sup>2</sup>) gewidmet werden.

Auch dieser Antrag wird vom Vorsitzenden erläutert. Es handelt sich um eine Fläche unmittelbar anschließend an den äußeren Siedlungsrand. Eine kleinräumige Bebauung sei das Ziel. Auch in diesem Fall hat der Raumplanungsausschuss sich einstimmig positiv geäußert.

Dem Antrag wird einstimmig – mit einer Stimmenthaltung wegen Befangenheit – zugestimmt.

**Gst.-Nr. 2084/1 und 2090/2 Hochreute, Antrag der Gemeinde von Amts wegen, 1. Beschlussfassung:**

Der Vorsitzende erläutert anhand von Plänen, dass es sich um eine Widmungsbereinigung handelt, die aufgrund des Gefahrenzonenplanes zustande kommt, der erst nach dem Flächenwidmungsplan erstellt wurde. Ein Teil des Grundstücks ragt in die „rote Zone“. In diesem Fall handelt es sich um eine Umwidmung von Amts wegen.

Beantragte Widmung: Von „Baufläche Wohngebiet BW“ 50 m<sup>2</sup> in „Baufläche Wohngebiet Index II (Schutzinhalte lt. Gefahrenzonenplan)“.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

**Gst.-Nr. 948 und 949 Krüzastraße, 1. Beschlussfassung:**

Beantragte Widmung: Ca 7.050 m<sup>2</sup> von Erwartungsfläche Betriebsgebiet (BBI) in Betriebsgebiet BBI. Hintergrund für die Widmung sind die Planungsentwürfe für die Betriebsanlage „Fabrik der Zukunft“ der Firma Green Building ViS GmbH an diesem Standort.

Eine Gemeindevertreterin legt Wert auf die Feststellung, dass der Bebauungsplan nicht Teil des Protokolls ist. Dieser wurde extern vergeben und liegt der Gemeinde noch nicht vor.

Auf Wunsch der Gemeindevertretung erläutert der Geschäftsführer der Firma eps-soltec, die Baupläne vom 27.09.2010 für die geplante „Fabrik der Zukunft“ an diesem Standort

(Gebäudegröße, Energie- und Verkehrskonzept) und teilt hierzu Unterlagen an die Gemeindevertreter aus. Das Objekt soll nach ökologischen Kriterien errichtet werden (die Fassade beispielsweise vollständig mit Photovoltaikelementen abgedeckt).

Vor der zweiten Beschlussfassung ist der positive Abschluss des Vorprüfungsverfahrens notwendig.

Folgende Bedingungen werden formuliert, die zwischen 1. und 2. Beschlussfassung abgeklärt werden sollen:

- Verkehrsführung mit genauer Festlegung des Verkehrs und der Schleppekurven sowie Radien
- Verkehrsführung für Fußgänger und Radfahrer (dafür ist eine Grundablöse für einen Radstreifen vorgesehen)
- Bepflanzungsplan
- Das Bauvorhaben muss dem noch zu erstellenden Bebauungsplan Krüza entsprechen

Dem Antrag wird einstimmig – mit einer Stimmenthaltung wegen Befangenheit – zugestimmt.

## **12. Antrag auf Übertragung baupolizeilicher Agenden an die Bezirkshauptmannschaft**

Den Gemeindevertretern sind bereits mit der Einladung Unterlagen zu diesem Tagesordnungspunkt zugegangen.

Der Vorarlberger Gemeindeverband empfiehlt, die örtliche Baupolizei hinsichtlich bestimmter Bauwerke (u. a. gewerbliche Betriebsanlagen, Veranstaltungssäle, Bundes-, Landes- und Gemeindegebäude, Gebäude von Gemeinde-Immobilien-gesellschaften) den jeweiligen Bezirkshauptmannschaften übertragen.

Der Vorsitzende erläutert dazu, dass im Falle einer Übertragung beispielsweise bei Gemeindegebäuden die Problematik wegfallen würde, dass die Gemeinde zugleich Bauwerber und Behörde sei. Möglich sei eine solche Übernahme der Agenden durch die BH bei Gemeinden bis ca. 7.000 Einwohner – hier sehe die Landesregierung eine Grenze vor.

In der anschließenden Debatte wird die vorgeschlagene Übertragung befürwortet – unter der Voraussetzung, dass die Gemeinde im Vorfeld steuernd eingreifen kann. Der Raumplanungs- und Bauausschuss wird mit der Erarbeitung von entsprechenden Baurichtlinien beauftragt.

Der Antrag wird einstimmig genehmigt.

## **13. Antrag auf Beitritt zur Bringungsgenossenschaft Forstweg Eplisgehr**

Der Vorsitzende erläutert den Hintergrund des Vorhabens zur Gründung der forstlichen Bringungsgenossenschaft Eplisgehr anhand eines Planes: Die Erhaltung des Waldweges in Hochreute, der durch das heurige Hochwasser in Mitleidenschaft gezogen wurde, soll sichergestellt

werden. Um die Bewirtschaftung der Schutzwälder sicherzustellen, sind sicher befahrbare Wege die Voraussetzung.

Ein Teil des Weges über Gst.-Nr. 2663/1 ist Eigentum der Gemeinde Hörbranz.

Dieses Teilstück soll der Bringungsgenossenschaft von der Einmündung Wegparzelle Gst.-Nr. 2663/2 bis zum östlichen Ende der Grundparzelle zur Benützung zur Verfügung gestellt werden.

Die Marktgemeinde Hörbranz wird Mitglied dieser forstlichen Bringungsgenossenschaft.

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt. Eine Person befindet sich bei der Abstimmung nicht im Raum.

#### **14. Antrag der FPÖ betreffend getrennte Stimmzettel bei den nächsten Gemeindewahlen**

Der Fraktionsvorsitzende der FPÖ erläutert den Antrag. Die aktuellen Stimmzettel hätten bei den vergangenen Gemeindevertretungswahlen zu Verwirrungen bei den Wähler geführt.

Der Vorsitzende schlägt vor, für eine fundiertere Entscheidungsgrundlage in dieser Sache eine Stellungnahme des Meldeamts und der Wahlkommission einzuholen und den Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Dies wird einstimmig befürwortet.

#### **15. Protokollgenehmigung Nr. 2 und 3**

Zu Protokoll Nr. 2 liegt ein Antrag der FPÖ auf Änderung der Formulierung vor.

In TOP 2 des Protokolls soll der Satz „ Der Fraktionsvorsitzende der FPÖ kritisiert, dass seine Partei bei der Standortprüfung nicht beteiligt war“ gegen den Satz „Der Fraktionsvorsitzende der FPÖ bekräftigt, dass für die Evaluierung der verschiedenen Standorte für den Bau eines Gebäudes für Kinderbetreuung und Musikprobelokal, weder ein Gremium noch die vertretenen politischen Fraktionen eingebunden waren“ ausgetauscht werden.

Weiters soll im selben TOP folgender Satz ergänzt werden: „Arch. Josef Fink bekräftigt seine Empfehlung, nach Fertigstellung des sog. Haus der Zukunft, die Zufahrt zu den Parkplätzen bei der Hauptschule zu sperren und begründet dies mit dem Schutz und der Sicherheit für die Kinder.“

Dazu erklärt der Vorsitzende, dass er, da es sich um eine Aussage des Architekten handelt, diesen kontaktiert habe. Architekt Fink habe betont, er habe die Zufahrt für Dauerparker gemeint.

Die Abänderung des Protokolls wird einstimmig beschlossen und das Protokoll Nr. 2 genehmigt.



Protokoll Nr. 3 wird einstimmig genehmigt.

**16. Allfälliges**

- a) Eine Anfrage zum Ersatz von Exkursionen des e5-Teams wird gestellt. Der Bürgermeister verweist dabei auf seine Entscheidungskompetenz für Angelegenheiten, die unter der Wertgrenze von EUR 6.000,- liegen. In dieser Frage können sich die Mitglieder des e5-Teams direkt an den Bürgermeister wenden.
- b) Zunehmender Lkw-Verkehr und eine unbefriedigende Müllsituation bei den Containern in der Krüzastraße werden geschildert. Angeregt wird, dort wieder einmal eine Verkehrszählung durchzuführen und dem Straßenausschuss vorzulegen. Mit der Müllsituation wird der Umweltausschuss betraut.
- c) Es wird über den schlechten Zustand vom Sannwaldgässle berichtet (tiefe Pfützen) und vorgeschlagen, die Vertiefungen zu ebnen. Der Bürgermeister erklärt dazu, dass die eingebaute Drainage überprüft wird.
- d) Der Vorsitzende macht den Vorschlag, angesichts der vielen neuen Mitglieder in der Gemeindevertretung hausintern eine Veranstaltung zu organisieren, bei der die Abläufe und Zusammenhänge in der Gemeindearbeit (z.B. Funktion von Gremien und Ausschüssen) erklärt werden – etwa mit einem Vortragenden vom Gemeindeverband. Einige Gemeindevertreter bekunden ihr Interesse an einer solchen Veranstaltung.

Ende der Sitzung: 23.40 Uhr

Die Schriftführerin:

*Beate Malz*

Mag. Beate Malz

Der Bürgermeister:

*Karl Hehle*

Bgm. Karl Hehle